

Rabemütter denken Schule neu

Berner Stadtrat diskutiert über obligatorische Ganztageschulen

Corinne Mathieu von der SP sprach davon, ein Konzept mit pädagogischen Inhalten zu füllen, und regte an, «Schule neu zu denken». Christine Michel vom Grünen Bündnis lobte die Chancengleichheit, welche endlich erreicht werden könne. Beat Gubser von der EDU sah sich an das «kommunistische Manifest» erinnert. Und die Freisinnige Anastasia Falkner lenkte den Blick auf die Finanzen, während sich ihr Parteikollege Christian Wasserfallen «erschüttert» zeigte.

Auch wenn es die unterschiedlichen Aussagen nicht vermuten lassen: Die Parlamentsmitglieder haben alle über denselben Vorstoss gesprochen. Sie diskutierten am Donnerstagabend die Motion von **Mathieu**, welche den Gemeinderat auffordert, ein Konzept für die Einführung obligatorischer Ganztageschulen auszuarbeiten.

Wenns um Kinder und um Schule geht, können alle mitreden. Erstens waren alle einmal in der Schule, und zweitens sind Kinder das kostbarste Gut der Gesellschaft. Gerade der zweite Teil des Satzes macht sich in einem Votum immer gut, und so wurde er mehrmals und von Ratsmitgliedern aller politischen Couleur in verschiedenen Ausführungen vorgebracht. Dieser kleinste gemeinsame Nenner täuschte aber nicht darüber hinweg, dass im Stadtrat zwei Welten aufeinander prallen, wenn es um Kinder und Kinderbetreuung geht. Da sind die Linken und die Liberalen, für welche ausserfamiliäre Kinderbetreuung selbstverständlich ist. Und da sind SVP-Vertreter, für die Frauen – nicht Eltern –, welche ihre Kinder in die Kindertagesstätte geben, Rabemütter sind. So zumindest die Meinung von Erich J. Hess (jsvp). Er sprach sich für ein zehntes Schuljahr für alle Frauen aus, «damit sie lernen, Kinder richtig zu erziehen». Sein schlagendes Argument: «Hätte nicht meine Mutter mich erzogen, so wäre ich ein noch grösserer ‚Sougoof‘ geworden, als ich es sonst schon bin.»

Der EDU-Politiker Gubser malte das Gespenst des Kommunismus an die Wand: Mit dem Ruf nach einer Ganztageschule wandle die SP – ob bewusst oder unbewusst – auf den Spuren des «kommunistischen Manifests», in welchem die Aufhebung der Familie gefordert worden sei. Es gab aber auch Bürgerliche, die sich für familienergänzende Kinderbetreuung aussprachen: Die FDP steht hinter Kindertagesstätten und Tagesschulen. «Aber wir wehren uns gegen ein Obligatorium», sagte Anastasia Falkner. Sie sprach sich gegen die Erarbeitung eines Konzepts für eine Ganztageschule aus: Überall müsse gespart werden, der Kanton nehme keine neuen städtischen Angebote in den Lastenausgleich auf. Dies sei nicht der Moment, um Geld und Personal für eine Konzepterarbeitung einzusetzen. Wie viel eine obligatorische Ganztageschule mit entsprechendem Freizeitangebot kosten würde – dies mochte sich Falkner gar nicht erst ausmalen.

Mathieu räumte ein, dass sich «die Frage der Finanzierung stellt». Doch müsse erst untersucht werden, ob eine Ganztageschule für alle Kinder wirklich Mehrkosten brächte; schliesslich würden ja andere Angebote wegfallen. Sie hob auch den volkswirtschaftlichen Nutzen hervor, der entstehe, wenn Mütter – nicht Eltern – einer Erwerbsarbeit nachgingen.

Die Fraktion GFL/EVP positionierte sich in der Mitte: Schule solle neu gedacht werden, erklärte Martin Trachsel – doch müsse erst geprüft werden, ob die Ganztageschule den Kindern etwas bringe. Und: Eine solche Schule dürfe nicht obligatorisch sein. Vielmehr sei Wahlfreiheit unter verschiedenen Schulangeboten zu gewähren.

Das Parlament erteilte dem Gemeinderat mit 40 zu 26 Stimmen den Auftrag, ein Konzept für die Einführung von Ganztageschulen zu erarbeiten. Ein zweiter Punkt wurde als unverbindlicheres Postulat überwiesen: Der Gemeinderat habe die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für ein Pilotprojekt bereit-zustellen. Das verspricht weitere anregende Diskussionen im Parlament.

Nicole Jegerlehner